

## MARKUS GRÜBEL MdB



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

anbei sende ich Ihnen/ Euch meinen Infobrief anlässlich der vergangenen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Themen der Woche:

- Meine Meinung zum Sondervermögen "Bundeswehr"
- Markus Grübel beim Katholikentag 2022 in Stuttgart
- "Leibniz im Bundestag"
- Endlich wieder möglich: Schülergruppe sowie Bürger aus Esslingen besuchen den Bundestag
- Markus Grübel zum stellv. Vorsitzenden des ZIF-Aufsichtsrats gewählt
- "Gesprächskreis Ahmadiyya" im Bundestag
- "Weltfriedenstag" der Katholischen Militärseelsorge
- "Kulturtour" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Praktikant Christian Stötter zieht Bilanz

Ihr Markus Grübel MdB  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen



## Meine Meinung zum Sondervermögen "Bundeswehr"

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag endlich das Sondervermögen „Bundeswehr“ auf den Weg gebracht und die dafür notwendige Änderung des Grundgesetzes

beschlossen. Das Sondervermögen wird ausschließlich der Bundeswehr zugutekommen. Es war längst überfällig, mehr Geld für unsere Streitkräfte bereitzustellen, nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine.

Deutschland hat Verpflichtungen gegenüber seinen Bündnispartnern in VN, EU und NATO, die es einzuhalten gilt. Dafür brauchen wir eine einsatzbereite Bundeswehr, die angemessen ausgestattet und ausgerüstet ist. Wichtig ist, dass das Zwei-Prozent-Ziel über die Dauer des Sondervermögens hinaus verankert ist, damit es zu keiner finanziellen Abbruchkante kommt, wenn es aufgebraucht sein wird. Im Kern geht es um unsere Sicherheit, unsere Freiheit, unseren Rechtsstaat, unseren Wohlstand und unsere Demokratie.

Copyright Foto: Bundeswehr



## Markus Gröbel auf zwei Podien beim Katholikentag 2022 in Stuttgart

Vergangene Woche fand der fünftägige

Deutsche Katholikentag in Stuttgart statt. Als ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit hat Markus Gröbel an einer Podiumsdiskussion zur Frage „Religionsfreiheit weltweit – Ein Menschenrecht in Gefahr?“ teilgenommen. Zusammen mit seinem Nachfolger im Amt, Frank Schwabe, hat Gröbel zu Beginn einen einleitenden Impulsvortrag gehalten. Gröbel begrüßt es sehr, dass die Ampel-Regierung entschieden hat, dass Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit fortzusetzen. Zum Abschluss seines Vortrages hat sich Gröbel bei Schwabe bedankt, dass er diese wichtige Aufgabe übernommen hat und die Arbeit zur Stärkung des Menschenrechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit weiterführt.

In seinen Ausführungen hat Markus Gröbel hervorgehoben, dass Religionsfreiheit ein fundamentales Menschenrecht ist, das zunehmend eingeschränkt oder völlig in Frage gestellt wird. Religionen haben großes Potential, besonders für ein friedliches Miteinander, das wir uns immer wieder vor Augen führen müssen. Voraussetzung dafür

ist der Dialog. Religionsfreiheit umfasst auch die „negative Religionsfreiheit“. Es geht nicht nur um Gläubige, sondern auch um Atheisten und Agnostiker. Unter Religionsfreiheit fallen Apostasie und Konversion, also das Recht, aus einer Religion auszutreten beziehungsweise die Religion zu wechseln. Auch dieser Aspekt dieses Menschenrechts darf nicht vernachlässigt werden.

Auf dem Panel „Religionsfreiheit in Uni und Gesellschaft“ wiederum diskutierte Markus Grübel die Herausforderungen, die sich bei einer multireligiösen Studenten- und Dozentschaft an Hochschulen ergeben können. Grübel stellte dabei klar, dass wir in Deutschland gemäß Grundgesetz ausdrücklich keine strikte Trennung von Staat und Religion wie in Frankreich (Laizismus) haben, sondern es staatlicherseits sogar gewünscht ist, dass Religionen und ihre Anhänger bzw. Vertreter einen Platz in allen Bereichen der Gesellschaft einnehmen. Gleichwohl, so Markus Grübel, könne an Bildungseinrichtungen das Grundrecht auf Religionsfreiheit in Konflikt geraten mit der ebenfalls in unserer Verfassung niedergeschriebenen „Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre“. Umso mehr forderte Grübel deshalb alle Gläubigen, aber auch alle Nicht-Gläubigen auf, größtmögliche Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu üben.

Copyright Foto: Kirche in Not

Mehr zum vergangenen Katholikentag



## Erkenntnisreiche Gespräche mit Wissenschaftlern bei "Leibniz im Bundestag"

Erkenntnisreiche Gespräche mit  
Wissenschaftlern bei „Leibniz im Bundestag“

Diese Woche fand erneut „Leibniz im Bundestag“ statt. Dabei handelt es sich um ein Gesprächsangebot für Bundestagsabgeordnete, sich in Einzelgesprächen mit Wissenschaftlern der Leibniz-Gemeinschaft zu einer Vielzahl von Themen zu informieren. Markus Grübel führte

Gespräche zu den Themen „Ukraine“ und „Umgang der Bundeswehr mit rechtsradikalen Vorfällen“.

Bei Letzterem ist zunächst die Definition interessant: Rechtsradikalismus ist ein Überbegriff, der beispielsweise auch Homophobie beinhaltet. Rechtsextremismus ist eine Unterform des Rechtsradikalismus und meint die verfassungsfeindlichen Fälle, also

diejenigen, die sich gegen den Staat richten. Rechtsextreme Vorfälle gab es in der Vergangenheit nicht nur in der Bundeswehr, sondern auch in der Nationalen Volksarmee der DDR. Hinsichtlich des Umgangs mit rechtsextremen Vorfällen stellen sich die Experten die Frage, ob eine betreffende Person umgehend aus der Bundeswehr zu entfernen sei, womit man das Risiko einginge, dass sich diese Person weiter radikalisiert. Oder ob die Bundeswehr mit entsprechenden Demokratisierungs- und Resozialisierungsmaßnahmen als integrierender Faktor wirken und die Person auf den richtigen Weg zurückbringen könnte.

Bei den Gesprächen zur Ukraine lag der Schwerpunkt auf möglichen Friedensbeziehungsweise Waffenstillstandsverhandlungen mit Russland. Die Expertin Dr. Cindy Wittke erklärte, dass dies noch ein langer Prozess sei. Die bisherigen Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine hatten ein Ungleichgewicht, da Russland nur Technokraten der zweiten und dritten Reihe schickte, die lediglich ein sehr begrenztes Verhandlungsmandat haben. Dieses Vorgehen zeigt die geringe Bedeutung, die Russland den Verhandlungen bisher beimisst. Deshalb muss sich die Verhandlungsbereitschaft Russlands deutlich erhöhen. Dafür muss Russland vom Westen weiterhin sowohl militärisch als auch mit scharfen Sanktionen unter Druck gesetzt werden.

Foto: Markus Grübel MdB mit Dr. Cindy Wittke, Leiterin der Politikwissenschaftlichen Forschungsgruppe am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung an der Universität Regensburg



## Endlich wieder möglich: Schülergruppe aus Esslingen und Berlin besucht den Bundestag

Endlich wieder möglich: Schülergruppe aus Esslingen und Berlin besucht den Bundestag

Nach nun über zwei Jahren ohne Besuchergruppen im Deutschen Bundestag ist es nun endlich wieder möglich, Besuchergruppen in Berlin zu empfangen und ihnen die politische Arbeit direkt am Ort des Geschehens nahezubringen. Das kam in Zeiten von Corona leider viel zu kurz. Umso mehr hat sich Markus Grübel gefreut, diese Woche in den Räumen des Bundestags Gespräche mit verschiedenen Menschen aus seinem Wahlkreis führen zu können.

Am Mittwoch trafen sich die Klassen der Friedrich-Ebert-Schule aus Esslingen und der Max-Taut-Schule aus Berlin-Lichtenberg mit Grübel zu einem Gespräch. Dabei berichtete er über seine Tätigkeit als Abgeordneter und stand den Schülern Rede und Antwort. Im Mittelpunkt der von den Schülern gestellten Fragen standen die Themen Bundeswehr und Religionsfreiheit. Markus Grübel, ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit und Fregattenkapitän der Reserve beantwortete die Fragen

auf Basis seiner eigenen Erfahrungen in der Bundeswehr und erklärte, dass jeder und jede seine Religion frei ausüben darf und gleichzeitig jede Form von nachweislicher Diskriminierung immer rechtlich verfolgt werden muss. „Täter, die sexuelle Übergriffe verüben – egal, ob in der Bundeswehr oder anderswo – müssen die volle Härte des Rechtsstaats spüren“, so Grübel.

Foto: Markus Grübel mit der Schülergruppe aus Esslingen und Berlin



## "BPA-Gruppe" aus dem Wahlkreis Esslingen bei Markus Grübel zum Gespräch

Am Donnerstag wiederum traf Markus Grübel eine Besuchergruppe aus Esslingen zum Gespräch, die im Rahmen einer Informationsfahrt des Bundespresseamtes (BPA) nach Berlin gekommen war. Die Gruppe setzte sich zusammen aus Bürgern, die sich in verschiedenen Organisationen wie dem DRK, dem Kinderschutzbund sowie in der CDU Aichwald und Esslingen ehrenamtlich engagieren.

Neben dem Bundestag besuchte die Gruppe auch andere Berliner Sehenswürdigkeiten mit politischem Bezug, wie den Tränenpalast oder das Stasigefängnis Hohenschönhausen.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Markus Grübel standen die Rentenproblematik und die falsche Entscheidung der Ampel-Koalition, Rentner nicht in die Energiepreispauschale mit einzubeziehen. Nach der Forderung eines Gastes, dass man gegen Putin strikt Vorgehen solle, machte Grübel deutlich, dass sich Deutschland in der Vergangenheit nicht klar genug positioniert hätte und die bisherigen Waffenlieferungen vom Umfang nicht ausreichend seien. Die Wahlrechtsreform der Ampel-Koalition war auch Thema des Gesprächs. Zwar sei laut Markus Grübel eine Verkleinerung des Bundestags unbedingt notwendig, es wäre aber hochproblematisch für unser Demokratieverständnis, wenn einzelne direkt gewählte Abgeordnete nicht in den Bundestag einziehen und somit ihren Wahlkreis nicht vertreten könnten.

Copyright Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

## Markus Grübel zum stellv. Vorsitzenden des ZIF-Aufsichtsrats gewählt

Markus Grübel zum stellv. Vorsitzenden des ZIF-Aufsichtsrats gewählt

Am heutigen Freitag wurde Markus Grübel zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats des ZIF, des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze, gewählt. Vorsitzende ist die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Dr. Anna Lührmann.

Das ZIF, mit Sitz in Berlin, wurde 2002 von der Bundesregierung sowie dem Bundestag gegründet und bietet Expertise und Dienstleistungen rund um das Thema internationale Friedenseinsätze. Ziel ist es, internationale zivile Kapazitäten für Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung zu stärken. So trainiert und vermittelt das ZIF beispielsweise Experten für Friedenseinsätze oder für Wahlbeobachtungsmissionen.

[Mehr zum ZIF](#)



## Markus Grübel betreut "Gesprächskreis Ahmadiyya" im Bundestag

Von seinem ehemaligen Kollegen Frank Heinrich MdB (CDU), der ebenfalls anwesend war, hat Markus Grübel die Betreuung des „Parlamentarischen Gesprächskreises Ahmadiyya“ übernommen, der gestern zum ersten Mal tagte. Ziel des Kreises ist es, sich über die prekäre Situation der Ahmadis, wie die Anhänger dieser besonderen muslimischen Gruppierung genannt werden, auszutauschen.

Die Ahmadiyya ist eine im 19. Jahrhundert in Pakistan entstandene muslimische Reformbewegung, die bereits seit der Weimarer Republik auch in Deutschland vertreten ist. Aufgrund teilweise unterschiedlicher Koranauslegung und ihrer festen Struktur mit einem Kalifen, dem geistlichen Oberhaupt der Bewegung, an der Spitze, werden die Ahmadis in muslimischen Ländern wie Pakistan, Bangladesch oder Indonesien von staatlicher Seite diskriminiert, bedrängt und verfolgt. In Pakistan wurden sie – ein einmaliger Vorgang – sogar per Parlamentsbeschluss im Jahr 1974 regelrecht von der islamischen Gemeinschaft ausgeschlossen. Folge davon waren und sind zum Teil extrem blutige Anschläge gegen Einrichtungen und Personen der Ahmadiyya, so beispielsweise 2010 im pakistanischen Lahore, bei dem 86 Ahmadis getötet und mehr als 120 verletzt wurden.

„Mein Engagement für weltweite Glaubensfreiheit hat nicht mit der Übernahme des Amtes des Bundesbeauftragten für Religionsfreiheit im Jahr 2017 begonnen und hat auch nicht mit der Übergabe des Amtes an meinen Nachfolger Anfang dieses Jahres geendet“, so Markus Grübel. „Als bekennender katholischer Christ gilt mein Engagement natürlich vor allem meinen Glaubensgeschwistern, die weltweit von allen Religionen am meisten verfolgt werden. Aber Religionsfreiheit ist ein universelles Recht und somit stehe

ich genauso an der Seite der Ahmadis, die vom Mehrheitsislam nicht anerkannt und deshalb verfolgt werden“, so Markus Grübel.

An der Veranstaltung haben neben Vertretern der Ahmadiyya Bundestagsabgeordnete und deren Mitarbeiter aus den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, GRÜNEN und FDP teilgenommen. Auch Frank Schwabe MdB (SPD), der neue Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, hat an der ersten Sitzung des Gesprächskreises in der neuen Wahlperiode teilgenommen. Impulsvorträge hielten Dr. Naweed Mansoor zum Thema „Rechtsstellung von Ahmadi-Muslimen in Pakistan“ sowie Sigrid Krieg von Amnesty International zum Thema „Menschenrechtsverletzungen durch Blasphemiegesetze in Pakistan“.

Copyright Foto: Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland



## "Weltfriedenstag 2022" der Katholischen Militärseelsorge I

Gestern besuchte Markus Grübel auf Einladung des Katholischen Militärdekanats Berlin den Friedensgottesdienst in der St.-Johannes-Basilika. Die Katholische

Militärseelsorge begeht den Welttag des Friedens mit Friedensgottesdiensten für Soldaten. Soldatinnen und Soldaten aus ganz Deutschland treffen sich in der ersten Hälfte eines jeden Jahres, um gemeinsam für den Frieden zu beten. Die Predigt hielt der Berliner Erzbischof Dr. Heiner Koch.

Foto: vorne rechts: Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht und Markus Grübel MdB

Copyright: Katholisches Militärdekanat Berlin



## "Weltfriedenstag 2022" der Katholischen Militärseelsorge II

Das Thema Frieden und – leider vor allem – Krieg ist in Anbetracht des gegenwärtigen Konfliktes in der Ukraine im diesem Jahr gegenwärtiger denn je. Wir mussten erneut

lernen, dass der Frieden in Europa ist eben kein garantierter, kein selbstverständlicher ist. Neben dem politischen Handeln, das vor allem der Bundesregierung und dem Bundestag obliegt, sind wir alle – egal welcher Konfession wir angehören oder auch nicht angehören

– aufgefordert, uns den Soldaten anzuschließen und für ein baldiges Ende des Mordens in der Ukraine und für einen dauerhaften, stabilen und auch für die Ukraine zufriedenstellenden Friedensschluss zu beten.

Foto: Militärgeneralvikar Msgr. Reinhold Bartmann begrüßt Markus Grübel; in der Mitte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht

Copyright: Katholisches Militärdekanat Berlin



## Kulturtour der CDU/CSU-Fraktion: Besuch des wieder errichteten Stadtschlusses...

Das Berliner Schloss diente zu Zeiten der preußischen Könige und Kaiser als Schloss und Residenz der Hohenzollern. Zur Zeit der Weimarer Republik diente es – genau wie heute – als Kultur- und Wissenschaftszentrum, bis es später im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört wurde. In einem kultur- und geschichtslosen Akt der Willkür wurde das Stadtschloss von der SED-Regierung im Jahr 1950 schließlich

abgerissen, um den DDR-Vorzeigebau „Palast der Republik“ auf demselben Platz zu bauen. Der asbestverseuchte „Palast“ wurde nach der Wiedervereinigung vollständig abgerissen und es folgte der Wiederaufbau des heutigen Stadtschlusses, das auf der ursprünglichen Fläche des Schlosses heute das „Humboldt-Forum“ beherbergt.

## ...und des Humboldt-Forums

Das Schloss beherbergt das „Humboldt-Forum“, eine spannende Mischung aus Kulturforum und Museum. In Letzteres wurden beispielsweise die früheren in Berlin-Dahlem angesiedelten, einzigartigen Museen, also das Museum für Asiatische Kunst und das Ethnologische Museum, integriert. Des Weiteren sind dort die Berlin-Ausstellung des Stadtmuseums sowie das Labor der Humboldt-Universität untergebracht. Das Kulturforum wiederum bietet Raum für wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen sowie die Gelegenheit, sich über die Geschichte des Schlosses (s.o.) zu informieren.

Foto: Das wunderschön gestaltete goldene Kreuz an der Spitze des Schlosses. Im Jahr 2017 entbrannte ein erbitterter Streit in Berlin um „die vielschichtige Bedeutung des Kreuzes und das damit einhergehende Selbstverständnis des Humboldt Forums“, so schreibt die Einrichtung selbst. Das christliche Zeichen wurde unter anderem „als Symbol einer nicht nur im Kolonialismus schuldig gewordenen europäischen Kultur“ bezeichnet





([www.humboldtforum.org](http://www.humboldtforum.org)). Gott sei Dank, so muss man sagen, haben sich am Ende diejenigen durchgesetzt, die an einer originalgetreuen Rekonstruktion der Schlossspitze festhielten und das Kreuz als Symbol der Versöhnung sahen.

[Mehr zum Humboldt-Forum](#)



## Christian Stötter zieht Bilanz seines Bundestags-Praktikums

„Inzwischen sind fünf Wochen vergangen und meine Praktikumszeit im Berliner Abgeordnetenbüro von Markus Grübel neigt sich mit der letzten Sitzungswoche des Bundestages dem Ende zu. Ich durfte in letzter Zeit noch eine Menge Eindrücke sammeln. Dazu gehörten die Besuche von Plenarsitzungen, Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften der Fraktion. Ich durfte auch am diesjährigen „Think7 Summit“ in Vertretung des Berliner Abgeordnetenbüros

teilnehmen.

In den Sitzungswochen konnte ich – neben den Plenarsitzungen – den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung besuchen, bei dem ich schließlich sogar an einem Gespräch mit Godwin Obaseki, dem Ministerpräsidenten des nigerianischen Bundesstaates Edo State, teilnehmen durfte. Vor allem aber hat mir in den letzten Wochen der Austausch mit den Besuchergruppen aus dem Esslinger Wahlkreis Freude bereitet. Das kam in Zeiten von Corona leider viel zu kurz.

Letzten Endes bleiben die Eindrücke „aus dem Inneren des Bundestages“ außergewöhnlich und unersetzbar. Durch das Praktikum im Abgeordnetenbüro konnte ich hautnah miterleben, wie von Berlin aus die Bundespolitik gestaltet wird. Der Deutsche

Bundestag bleibt die alleinige und einzige Institution Deutschlands, in der das überhaupt möglich ist.

Vielen Dank für die tollen Erlebnisse!

Christian Stötter“

Foto: Christian Stötter mit Markus Grübel MdB zum Ende der Sitzungswoche im Paul-Löbe-Haus des Bundestages

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Kontakt](#)



**Markus Grübel MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Deutscher Bundestag  
Paul-Löbe-Haus (Zi. 6.740)  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 (0) 30 / 227 - 71973  
Telefax: +49 (0) 30 / 227 - 76964  
E-Mail: [markus.gruebel@bundestag.de](mailto:markus.gruebel@bundestag.de)  
<https://www.markus-gruebel.de>

Diese E-Mail wurde verschickt an und ist ein Service für Interessenten. Sie erhalten unsere aktuellen Informationen niemals unverlangt.

Sollten Sie keine weiteren Informationen auf elektronischem Weg wünschen, können Sie sich jederzeit [hier abmelden](#).

Ihnen gefällt der Newsletter? Über eine [Weiterempfehlung](#) würden wir uns freuen.